



Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet - 26.04.2024

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,
Liebe Braunschweigerinnen und Braunschweiger,

eine weitere Sitzungswoche im Deutschen Bundestag liegt hinter uns und ich bin wieder auf dem Rückweg in unsere Löwenstadt. Doch bevor ich auf das Stattgehabte der vergangenen Woche eingehe, möchte ich bereits jetzt auf den anstehenden **Feiertag**, dem **Tag der Arbeit** am **1. Mai** hinweisen.

Zusammen mit den Gewerkschaften wollen wir am Tag der Arbeit ein Zeichen für mehr Solidarität, gute Arbeit sowie eine friedliche und nachhaltige Zukunft setzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) geht in diesem Jahr mit dem Motto „Mehr

Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“ in den 1. Mai. Die SPD begleitet den Tag mit einer Kampagne unter dem Titel **„GeMA1nsam mehr“**.

GeMA1nsam kämpfen wir dabei für mehr sozialen Zusammenhalt und eine solidarische Gesellschaft. Dafür braucht es einen starken Sozialstaat, der niemanden zurücklässt. Menschen müssen abgesichert sein, wenn sie arbeitslos werden. Sie müssen sich bei Krankheit auf gute Behandlung vor Ort verlassen können. Und auf Weiterbildung, wenn die Arbeitswelt digitaler und klimagerechter wird. Kinder benötigen gute Bildung, Familien gute Betreuung und im Alter brauchen Menschen eine Rente, die zum Leben reicht. Auch der Wirtschaftsstandort Deutschland profitiert von einem starken sozialen Zusammenhalt. Die Mitbestimmung in den Betrieben hilft dabei, den Wandel der Arbeitswelt erfolgreich und fair für alle zu gestalten.

Dennoch haben viele Menschen in Deutschland die Sorge, dass es ihnen in Zukunft schlechter geht. Und genau diese Ängste machen sich Rechtsextreme für ihre politische Propaganda zunutze. Umso mehr gilt deshalb, in den sozialen Zusammenhalt zu investieren. Dabei ist ein starker Sozialstaat die Grundlage für eine florierende Wirtschaft und macht uns weniger krisenanfällig. Er ist ein wichtiger Teil unserer sozialen Demokratie. Klar ist: **Wer Demokratie will, darf nicht Sozialleistungen kürzen!**

In Braunschweig rufe ich dazu auf, an der traditionellen **1. Mai-Kundgebung auf dem Burgplatz** - gefolgt von einem **Demonstrationszug zum Bürgerpark** - teilzunehmen. Dort erwartet uns ein internationales Fest mit kulinarischen Spezialitäten, Informationsständen und einem Kinderfest mit Zirkus Dobbolino. Die SPD Braunschweig sowie unsere Jusos werden auch mit Informationsständen vor Ort vertreten sein.

In diesem Sinne, lasst uns auch hier vor Ort am 1.Mai ein kraftvolles Signal der Solidarität setzen!



Gesundheitspolitische Schwerpunkte

Rede | Pandemie-Aufarbeitung

Die **Pandemie** hat praktisch alle Lebensbereiche betroffen: von der **Kinderbetreuung** in den Familien, den **Schulen** und **Universitäten** über die **Kultur** bis hin zur **Wirtschaft** und den Unternehmen. An vielen Stellen sind wir gut durchgekommen, aber es hat auch Entscheidungen gegeben, die Verletzungen mit zum Teil langfristigen Auswirkungen hervorgerufen haben.

Als Bundestagsabgeordneter will ich eine **umfassende und ganzheitliche Aufarbeitung der Pandemie** erreichen. Dabei gilt es, alle diese gesellschaftlichen Bereiche zu erfassen, die Erfolge und die Probleme beim Kampf gegen die Pandemie zu benennen, um aus beidem die notwendigen und hinreichenden Lehren zu ziehen.. Dies war auch der Schwerpunkt meiner **Rede** vor dem Plenum des Deutschen Bundestags am vergangenen Donnerstag.

Besonders wichtig ist mir dabei, dass wir uns vor **politischer Instrumentalisierung** hüten. Es ist beunruhigend zu sehen, wie extreme rechte Kräfte versuchen, die Pandemie für ihre Zwecke zu nutzen, indem sie sogar einen rechtskräftig verurteilten **Coronasubventionsbetrüger Kay-Uwe Ziegler (AfD)** in ihren Reihen dulden und ihn sogar zum Ausschussvorsitz des Gesundheitsausschusses bestimmen wollen.

Ich lade euch alle herzlich ein, meine **Rede** auf **YouTube** anzusehen. Verpasst auch nicht meinen Schlagabtausch mit dem Subventionsbetrüger Kay-Uwe Ziegler. Er versuchte sich im Anschluss an meine Rede zu verteidigen, doch es kam, wie zu erwarten zu inhaltslosen Floskeln.



[Hier könnt Euch die Rede anschauen](#)

Krankenhausreform | Parlamentarisches Verfahren in den Startlöchern

Ich freue mich, dass wir am vergangenen Mittwoch nach mehreren Wochen der Spannung erneut mit dem **Bundesgesundheitsminister**, den **Koalitionsfraktionen** sowie den **Ländern** getroffen und gemeinsam über die dringend notwendige Krankenhausreform diskutiert haben.

Wir sind uns in einem Punkt einig: **Die Reform muss kommen!** Und das wird sie. Gemeinsam haben wir uns nochmal über den Ablauf verständigt. Die erste Lesung soll noch vor der Sommerpause stattfinden. Somit gelingt uns auch die

Verabschiedung im Herbst und wir schaffen den ambitionierten Zeitplan, um die tiefgreifendste Reform der letzten 20 Jahre auf den Weg zu bringen.

Nur mit der Reform können wir den kalten Strukturwandel und ein willkürliches Krankenhaussterben vermeiden. Mit der Reformierung der Finanzierungssystematik sollen sich Krankenhäuser künftig auf das Wesentliche - die Patientinnen und Patienten fokussieren - und weniger auf möglichst hohe Gewinne.

Im Rahmen des nun anstehenden parlamentarischen Verfahrens werden wir im Bundestag Einfluss auf das Gesetz nehmen, um es - dort wo es noch Schwächen aufweist - noch besser zu machen!



Krankenhausreform | Kitto auf dem Podium

Die Krankenhausreform ist ein bedeutendes Thema, das in keiner Sitzungswoche unbehandelt bleibt, sei es auf lokaler oder nationaler Ebene. Ich schätze das lebhaftere Interesse und hoffe, einen Beitrag zur Förderung ihrer Umsetzung leisten zu können.

In dieser Woche hatte ich erneut die Gelegenheit, an zwei Podiumsdiskussionen teilzunehmen. Am Donnerstagabend wurde ich eingeladen, auf dem Podium des

parlamentarischen Abends für Anästhesisten zu sprechen. Am Freitag folgte eine Podiumsdiskussion im Rahmen des Kongresses der Schmerztherapeuten.

Für mich sind solche Diskussionen äußerst wertvoll. Sie ermöglichen nicht nur den Austausch von Wissen, sondern auch den Dialog mit Expert:innen, deren Fachkenntnisse ich in meine parlamentarische Arbeit einbringen kann.

Ich danke herzlich für die Einladungen und freue mich auf weitere Diskussionen.



Botschaften der Woche

Bestechlichen Abgeordneten drohen härtere Strafe

Abgeordnetenbestechlichkeit wird härter bestraft. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die Strafen für Abgeordnetenbestechung zu verschärfen. Die **Masken-Affäre** und die **Aserbaidtschan-Affäre** während der **Corona-Pandemie** verdeutlichen die Schwierigkeiten bei der Verfolgung von Abgeordnetenbestechung und die Notwendigkeit, Gesetzeslücken zu schließen.

Um das **Vertrauen in die parlamentarische Demokratie zu stärken**, wird ein neuer Straftatbestand der unzulässigen Interessenwahrnehmung eingeführt. Zukünftig können Abgeordnete bestraft werden, wenn sie während ihres Mandats Geld oder andere Vorteile für die Wahrnehmung fremder Interessen annehmen und dabei parlamentarische Vorschriften verletzen.

Dies umfasst beispielsweise die Vermittlung von **Geschäften an Ministerien**. Die Strafen können eine **Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren** oder eine **Geldstrafe** umfassen. Die neuen Regelungen gelten für Abgeordnete des Bundestages, der Landesparlamente und des Europäischen Parlaments sowie für Mitglieder parlamentarischer Versammlungen internationaler Organisationen. Kommunalpolitiker:innen sind ausgenommen, da ihre Mandate weniger Einflussmöglichkeiten bieten. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen wird diese Woche abschließend beraten.



Wir sichern Erwerbsgeminderte besser ab!

Eine gute Rente im Alter ist ein **Ausdruck von Wertschätzung und Anerkennung**. Dafür stehen wir als **SPD-Fraktion**. Dabei haben wir alle Menschen im Blick, besonders diejenigen, die wegen **Krankheit** oder **Behinderung** nicht mehr arbeiten können. Sie haben Anspruch auf eine **Erwerbsminderungsrente**.

In den vergangenen Jahren haben wir Verbesserungen für neu begonnene **Erwerbsminderungsrenten** durchgesetzt. Jetzt sorgen wir dafür, dass erwerbsgeminderte Rentner:innen im Bestand - also Menschen, die zwischen 2001 und 2018 erstmals eine **Erwerbsminderungsrente** bezogen haben - künftig besser gestellt werden. Abhängig vom Rentenbeginn erhalten sie ab Juli 2024 einen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent. Rund drei Millionen Renten steigen dadurch. Zudem steigen die Renten für alle ab Juli um 4,57 Prozent - in Ost und West

gleichermaßen, da der **Rentenwert** bundesweit nun gleich ist. Für die meisten Beschäftigten ist die **gesetzliche Rente** die wichtigste Säule ihrer **Altersvorsorge**.

Damit der **demografische Wandel** nicht zu sinkenden Renten führt, werden wir das **Rentenniveau** langfristig bei mindestens 48 Prozent sichern. Damit wollen wir allen Generationen, besonders auch jüngeren Menschen, Sicherheit geben, dass sie im Alter gut abgesichert sind. Das bedeutet auch: Ein höheres **Renteneintrittsalter** über 67 Jahre hinaus wird es mit uns nicht geben!



Mehr Tempo bei den Erneuerbaren!

Wir wollen in **21 Jahren** klimaneutral leben und wirtschaften. Das regeln wir verbindlich mit dem **Klimaschutzgesetz**. Entscheidende Voraussetzung dafür ist eine klimaneutrale **Energieerzeugung**. Mit dem **Solarpaket** geben wir nun wichtige Impulse für den Ausbau der **Photovoltaik**, der **Windkraft** und der **Biomasse**. Vor allem Privatpersonen können Solarenergie bald noch leichter nutzen. Ob Balkonkraftwerke oder **Solarstrom** vom Dach in **Mehrparteienhäusern**: Wir beseitigen zahlreiche Hürden, sich **Solaranlagen** genehmigen und installieren zu lassen.

Darüber hinaus integrieren wir **europäische Regelungen** in das **Klimaschutzgesetz**. Wichtig ist, dass durch die Reform des **Klimaschutzgesetzes** nicht eine Tonne mehr **CO2** ausgestoßen werden darf als nach dem bisherigen Gesetz. Künftig soll eine mehrjährige und sektorübergreifende **Gesamtrechnung**

ausschlaggebend sein. Wenn das Gesamtziel aller Sektoren zwei Jahre in Folge überschritten wird, ist die **Bundesregierung** verpflichtet, Maßnahmen zu beschließen, die sicherstellen, dass die Klimaziele erreicht werden. Und das nicht nur bis **2030**, sondern jetzt neu auch bis **2040**. Damit schaffen wir auch langfristig mehr **Verbindlichkeit**. Bei den Klimaschutzmaßnahmen müssen selbstverständlich weiterhin gerade jene **Sektoren** beitragen, die Ziele verfehlen. Es kann sich also kein Sektor vor Klimaschutz verstecken - auch **Verkehr** nicht.



Anerkennung für Veteraninnen und Veteranen

Veteraninnen und Veteranen der Bundeswehr - das sind die Männer und Frauen, die dienen, gedient haben oder in der Reserve bereitstehen. Sie alle verdienen Respekt und Anerkennung für ihren Dienst und für ihre Bereitschaft, im Falle eines Falles das höchste Gut - ihr Leben - für die Sicherheit, die Freiheit und die Werte unseres Landes einzusetzen. In besonderem Maße gilt das für die Veteraninnen und Veteranen, die an Einsätzen der Bundeswehr mitgewirkt haben.

Als Anerkennung und zum Dank für ihre besonderen Leistungen schaffen wir einen nationalen Tag für Veteraninnen und Veteranen, der künftig immer **am 15. Juni** stattfindet. Außerdem organisieren wir mehr und bessere Unterstützung vor allem für unsere einsatzgeschädigten Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien. Denn Dank und Wertschätzung bedeutet auch rasche, umfassende und unbürokratische Hilfe für ihre Genesung.



Besuch aus der Heimat

Es ist stets ein Highlight während meiner Sitzungswochen in Berlin, **Besucherguppen** aus der **Heimat** hier im Bundestag begrüßen zu dürfen. So zum Beispiel die **Studierenden** des Fachbereichs **Medienkommunikation** der **Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften**, die ich **gemeinsame** mit meiner Kollegin **Dunja Kreiser** begrüßen durfte. Die Hochschule zählt zu den größten in Niedersachsen und verfügt über Standorte in **Salzgitter, Suderburg, Wolfenbüttel** und **Wolfsburg**.

Der **Austausch** mit den Studierenden ist immer wieder bereichernd. Es war eine Freude, euch hier begrüßen zu dürfen, und ich hoffe auf ein baldiges Wiedersehen! Schön, dass ihr da wart!

Wenn auch ihr **Interesse** an einem **Besuch im Bundestag** habt und aus Braunschweig kommt, dann zögert nicht, mein Büro zu kontaktieren: christos.pantazis@bundestag.de.



Girls´ Day im Bundestag

Am Donnerstag hatten wir die besondere Freude, Nele hier im Bundestag begrüßen zu dürfen. Ihr Engagement im Jugendparlament zeigt deutlich, wie wichtig die Stimmen junger Frauen in der Politik sind und wie dringend sie gehört werden müssen. Der Girls´Day ist eine fantastische Gelegenheit, Mädchen zu ermutigen und zu inspirieren, sich für politische Belange zu interessieren und aktiv einzubringen.

Doch an dieser Stelle lasse ich Nele selbst zu Wort kommen:

Der **Girls´ Day** bietet jungen Schülerinnen die Möglichkeit, sich **beruflich** zu orientieren und **Erfahrungen** in unterschiedlichsten Bereichen zu sammeln. Vor allen Dingen die Option, einen Tag in für Frauen eher untypische **Berufe** zu schauen, ist ein wichtiger Schritt, früh in Richtung **Gleichberechtigung** zu arbeiten. Auch mal außerhalb der Schule eine alltägliche und berufliche Perspektive zu erleben hilft, **Interessen** zu wecken und eigene **Schwerpunkte** zu entdecken. In Form des **Girls´ Days** die politische Arbeit erleben zu dürfen, ist eine tolle Chance, eigenes **Engagement** zu fördern und die Politik für junge Mädchen interessant und greifbar zu machen.

In der heutigen Zeit ist **Demokratieförderung**, insbesondere bei jungen Menschen, fundamental wichtig, um unsere Werte und die **Demokratie** zu schützen. Der **Girls´ Day** bietet dabei die tolle Möglichkeit, **Demokratie** und Politik hautnah zu erleben.

Ich fand den **Girls´ Day** bei **Kitto** unglaublich spannend. Die Politik auf **Bundesebene** ist für mich nun ein ganzes Stück greifbarer und ich fand es schön, heute so viele Mädchen zu sehen, die sich für unsere **Demokratie** interessieren.



“Mitteilungen aus dem Bundestag | DR. PANTAZIS berichtet” erhebt - wie immer - nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Wenn du Fragen, Anregungen oder Kritik haben solltest, zögere bitte nicht, mich telefonisch unter Tel.: +49 531 4809 822 | Fax.: +49 531 4809 850, per Mail unter christos.pantazis@bundestag.de oder postalisch unter Wahlkreisbüro DR. PANTAZIS MdB | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig zu kontaktieren.

Herzliche Grüße

Dein
Dr. Christos "Kitto" Pantazis